



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

GZ 351.80/1-III 1/87

An das

Präsidium des Nationalrates

W i e nMuseumstraße 7
A-1070 WienBriefanschrift
A-1016 Wien, Postfach 63Telefon
0222/96 22-0*Fernschreiber
13/1264

Sachbearbeiter Dr. Köhl

Klappe 232 (DW)

Stitzwanger

BUNDESGESETZENTWURF	
Zl.	20. GE 9 87
Datum:	24. APR. 1987
Verteilt:	24. APR. 1987 <i>W. Weber</i>

Betrifft: Bundes-Personalvertretungsgesetz -
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Bundes-Personalvertretungsgesetz
geändert wird; Begutachtungsverfahren

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich, in der Anlage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundes-Personalvertretungsgesetz - PVG geändert wird, zu übermitteln.

23. April 1987

Für den Bundesminister:

WEBER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

W. Weber



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

GZ 351.80/1-III 1/87

An das

Bundeskanzler-
amt

Ballhausplatz 2
1014 W i e n

Museumstraße 7
A-1070 Wien

Briefanschrift
A-1016 Wien, Postfach 63

Telefon
0222/96 22-0*

Fernschreiber
13/1264

Sachbearbeiter Dr. Köhl

Klappe 232 (DW)

Betrifft: Bundes-Personalvertretungsgesetz -
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Bundes-Personalvertretungsgesetz
geändert wird; Begutachtungsverfahren

Zu GZ 921.092/1-II/A/6/87 vom 9. April 1987

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich, zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundes-Personalvertretungsgesetz - PVG geändert wird, sowie zum Entwurf von Erläuterungen hiezu wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu Art. I Z 5:

Gemäß § 6 Abs. 9 idF der Novelle wäre eine Dienststellenversammlung, die neuerlich zur Beschlußfassung über die Enthebung des Dienststellenausschusses (§ 5 Abs. 2 lit b) einberufen wurde, auch bei Anwesenheit von weniger als der Hälfte der Bediensteten beschlußfähig. Dies verträgt sich nicht mit § 6 Abs. 8 letzter Satz, wonach ein Beschluß über die Enthebung des Dienststellenausschusses mindestens der Hälfte der Stimmen der wahlberechtigten Bediensteten bedarf. Es wird daher die Einfügung einer Wendung wie beispielsweise "unbeschadet Abs. 9 letzter Satz" in den § 6 Abs. 8 letzten Satz vorgeschlagen.

- 2 -

Zu Art. I Z 24:

Der Ausdruck "Delikt" bezeichnet ein menschliches Verhalten und kein behördliches Verfahren. Ein Privatanklagedelikt kann daher keine "Ausnahme" zu einem strafgerichtlichen Verfahren darstellen. Es wird eine Ersetzung des Klammerausdrucks durch die Worte "(ausgenommen wegen eines Privatanklagedeliktes)" angeregt.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

23. April 1987

Für den Bundesminister:

WEBER